

## Antrag A14: Bekenntnis zum Frieden in Europa – Liberale für eine wehrhafte Demokratie

Antragsteller*in:	KV Rostock
Status:	angenommen
Sachgebiet:	10. Sonstige

1. Die FDP Mecklenburg-Vorpommern bekennt sich zu den Grundsätzen des Völkerrechts und verurteilt den Angriffskrieg Russlands in der Ukraine.
2. Die FDP Mecklenburg-Vorpommern wird sich mit allem Wirken dafür einsetzen, den Frieden in Europa dauerhaft zu sichern. Frieden und Freiheit bedingen einander. Nur im Frieden kann der Mensch wirklich frei sein. Aber nur ein Frieden in Freiheit ist auch ein wahrer Frieden. Deshalb müssen wir, die wir in Freiheit leben, dazu beitragen, dass die Voraussetzungen für Freiheit geschaffen und gesichert werden.
3. Die FDP Mecklenburg-Vorpommern wird sich deswegen verstärkt auf allen politischen Ebenen dafür einsetzen, dass diese Ziele mit den Mitteln der Demokratie erreicht werden. Dazu gehören sowohl das Bekenntnis zu einer gemeinsamen europäischen Armee wie auch die Bestrebungen zur Schaffung einer gemeinsamen europäischen Verfassung. Gleichzeitig werden wir uns dafür einsetzen bei der EU Erweiterung Vorsicht walten zu lassen um nicht in der gleichen Naivität welche wir Russland in den letzten Jahren gegenüber haben walten lassen die EU in seiner jetzigen Zusammensetzung weiter zu gefährden. Eine voreilige EU Erweiterung durch die Ukraine und die Aufnahme der Staaten des Westbalkans in Ihrer aktuellen politischen und wirtschaftlichen Situation lehnen wir, ohne vorherige strukturelle Reformen der EU ab.
4. Die FDP Mecklenburg-Vorpommern sieht Gewalt und Krieg nicht als Mittel zur Lösung von Konflikten. Gleichzeitig muss eine Demokratie wehrhaft gegen Bedrohungen von außen sein. Die Aufgaben und die Funktion der Bundeswehr nach dem Grundgesetz dürfen nicht vernachlässigt werden. Sie wird sich daher sowohl dafür einsetzen, dass die Bundeswehr ihre Aufgaben erfüllen kann. Sie wird sich ferner dafür einsetzen, dass diejenigen, die im Ernstfall unser Land verteidigen müssen – die Soldatinnen und Soldaten – für ihr Engagement und ihre Bereitschaft, diese schwerste aller Pflichten zu tragen, gesellschaftlich anerkannt werden und den Respekt erhalten, der ihnen gebührt.

### Begründung

Wie Bundeskanzler Olaf Scholz am 27.02.2022 richtig ausführte, markiert der Angriffskrieg auf die Ukraine eine Zeitenwende. Das macht es notwendig, sich mit den eigenen Grundsätzen, Positionen und Zielen zu befassen. Die individuelle Freiheit und der dafür notwendige Frieden waren immer das ausdrückliche Ziel liberalen Wirkens. Daran hat sich nichts geändert. Gleichwohl muss überdacht und formuliert werden, was das im Einzelnen bedeutet und wie wir unser politisches Handeln entsprechend justieren.

Mehr als sonst soll sich die FDP Mecklenburg-Vorpommern für den Frieden einsetzen. Der Blick in die Geschichte Europas nach dem letzten Weltkrieg zeigt, dass die Verfestigung der

diplomatischen Beziehung, die in den europäischen Verträgen gemündet ist, ein wesentlicher, wenn nicht der entscheidende Faktor für dauerhaften Frieden in Europa gewesen ist. Diese Bündnisse zu verstetigen, diese Verträge in eine

gemeinsame Verfassung zu überführen, ist ein Schritt, der eine weitere Garantie für den Frieden in Europa bietet. Dies und die Konsequenz, Rückstellungsgüter und Soldaten für die einer europäischen Verfassung unterstehenden europäischen Verteidigungsarmee ausschließlich bereitzustellen, verhindert effektiv kriegerische Auseinandersetzung der europäischen Partnerstaaten und schafft die Wehrfähigkeit gegen Bedrohungen von außen.

Derzeit übernimmt die Bundeswehr die Aufgaben der Landesverteidigung. Sie muss sachlich, strukturell und auch finanziell einerseits dazu in die Lage versetzt werden, ihren Aufgaben nachzukommen. Auch, um unsere Pflichten gegenüber unseren NATO-Bündnispartnern zu erfüllen, die auf unsere Vertragstreue zu Recht vertrauen dürfen. Andererseits muss sich auch das Bild des Berufs „Soldat“ in der Bevölkerung ändern. Es darf nicht sein, dass diejenigen, die sich verpflichten, ihr eigenes Leben für die Verteidigung unserer Freiheit aufs Spiel zu setzen und die sich verpflichten müssen, schlimmstenfalls auch andere Menschen zu töten, für diese schweren Opfer nicht nur kaum Anerkennung erhalten, sondern teilweise gar als Mörder diffamiert werden. Sich der Gefahr eines Krieges stellen zu müssen, sich selbst Lebensgefahren aussetzen zu müssen und selbst verpflichtet zu werden, eine so furchtbare Handlung begehen zu müssen, wie einen anderen Menschen zu töten – das sind schlimmste und schwerste Pflichten, die wir unseren Soldatinnen und Soldaten abverlangen, wenn sie unsere Freiheit verteidigen. Das Mindeste, was wir tun können, ist dem Soldatentum offen gegenüberzustehen und sich deutlich gegen unsachliche und diffamierende Äußerungen gegen Soldatinnen und Soldaten auszusprechen. Sowohl im Rahmen der politischen Arbeit, wie auch jede und jeder von uns im Alltag.